

# Rote Hilfe

Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht, beim Hungern und beim Essen, vorwärts, nie vergessen, die SOLIDARITÄT

## Unterstützt die meist- verbotene Zeitung!

2. Teil der Zusammenfassung

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!



# ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

50 Pfennig

Nr. 42 vom 19. Oktober 1974

8. Jahrgang

Kapitalisten, IGM-Apparat, D"K"P gegen Stahlkollegen

## entschlossener

## Weg mit den Gefängnis- strafen für die Redakteure!

# Freiheit für den ROTEN MORGEN!

1972: Die Empörung über die Aggression des US-Imperialismus in Vietnam erreicht in aller Welt ihren Höhepunkt, auch in unserem Land. – Im Gerangel um die Ostverträge werden Abgeordnetenstimmen eingekauft. Um sich nicht vor den Werktätigen völlig zu entlarven, um den Schein der Demokratie zu wahren, sieht sich die Bourgeoisie zu Neuwahlen gezwungen. – Am Roten Antikriegstag demonstrieren 5 000 unter Führung der KPD/ML gegen den imperialistischen Krieg und durchbrechen die Ketten und Absperrungen der Polizei.

In diesem Jahr 1972 verschicken die Staatsanwaltschaften in Hamburg und Dortmund die ersten Anklageschriften und Strafbefehle gegen den „Roten Morgen“, der in allen diesen Kämpfen die Partei der werktätigen Massen ergriff, ihnen Weg und Ziel wies. 15 900 DM Geldstrafe werden in den nachfolgenden Prozessen gegen die Genossen Ernst Aust und Gernot Schubert verhängt.

Aber während es damals noch einzelne Ausgaben des „Roten Morgen“ waren, die verfolgt wurden, setzte im Jahre 1974 die systematische Verfolgung ein. Es war die Antwort des Klassenfeindes auf das Erstarken der Partei und insbesondere auf die Verbreitung der Wahrheit über den Tod ihres Mitglieds Günter Routhier, die durch keinen Justizterror zum Schweigen gebracht werden konnte. Von 27 Ausgaben des „Roten Morgen“, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1974 erschienen, wurden 15 unter Anklage gestellt, sieben beschlagnahmt. Diese Prozeßlawine, die die gesamte Agitation und Propaganda der Partei und der revolutionären Organisationen betraf, setzte sich auch im folgenden Jahr fort.

Aber es gelang dem Klassenfeind nicht, das Zentralorgan der Kommunistischen Partei mundtot zu machen oder zu Zugeständnissen zu bewegen. Die Partei wuchs und der „Rote Morgen“ gewann einen immer größeren Leserstamm. Und je mehr der Klassenfeind in der jungen KPD/ML einen ernstzunehmenden Gegner erkannte, desto haßerfüllter verfolgte er ihr

Zentralorgan. Die Spitze des Justizterrors richtet sich heute gegen den „Roten Morgen“.

„Die Angeklagten handelten aus bewußt feindseliger Gesinnung.“ „Die Bundesrepublik Deutschland hat es nicht verdient, derart attackiert zu werden. Daher kamen bei allen festgestellten Straftatbeständen nur Freiheitsstrafen in Betracht.“ Mit dieser Begründung verhängte das Dortmunder Amtsgericht am 13. Mai 1976 gegen die Genossen Gernot Schubert und Karin Wagner, ehemals Verleger und verantwortliche Redakteurin des „Roten Morgen“, in einem offenen Gesinnungsurteil ein Jahr bzw. vier Monate Gefängnis. Die Strafen wurden damals noch zur Bewährung ausgesetzt – der Staatsanwalt hat dagegen Berufung eingelegt. Im November folgte das nächste Terrorurteil: Je vier Monate für Gernot Schubert und Dieter Stoll, diesmal ohne Bewährung, in der 2. Instanz (in der 1. Instanz waren noch Geldstrafen ausgesprochen worden). Der Staatsanwalt verlangt noch höhere Strafen, er legte Revision ein. Gleichzeitig strengte er gegen beide Genossen Verfahren wegen „Widerstand ge-

gen die Staatsgewalt“ an. Das ist allerdings der Gipfel des Zynismus – nachdem beide Genossen während des Prozesses zu je drei Tagen Ordnungshaft abgeführt und Dieter Stoll noch auf dem Flur des Gerichtsgebäudes von einem Dutzend Polizisten zusammengeschlagen worden war.

Nun steht im März schon wieder ein neuer Prozeß gegen den „Roten Morgen“ an. Vier Verfahren, die im Mai 1976 von den übrigen abgetrennt worden waren, kommen dann zur Verhandlung. Es geht dabei um Artikel des „Roten Morgen“ über den Tod des Kommunisten Günter Routhier sowie von Holger Meins. Erfahrungsgemäß wird die Aufdeckung der wahren Rolle der Polizei und des Strafvollzuges in diesem Zusammenhang vom Klassenfeind besonders wütend verfolgt.

Zwei Jahre Gefängnis sind schon verhängt, davon allein ein Jahr und vier Monate gegen Genossen Gernot Schubert. Systematisch arbeitet der Klassenfeind darauf hin, die Redakteure und Verleger des „Roten Morgen“, besonders Gernot Schubert, für Jahre hinter Gitter zu bringen.

Das muß verhindert werden! Die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS wird die KPD/ML durch eine Kampagne für den „Roten Morgen“, gegen den Justizterror des Klassenfeindes, unterstützen. Diese Kampagne muß von allen Roten Helfern mit aller Kraft getragen werden. Es gilt, die Tatsachen über die Verfolgung des „Roten Morgen“ zu verbreiten und die Solidarität der Werktätigen für ihre Zeitung zu gewinnen. Für die riesigen Prozeßkosten müssen Gelder zusammengetragen werden.

## Roter Morgen-Redakteure vor Gericht

### Gernot Schubert:

### „Sie fürchten den Marxismus-Leninismus“

Auszug aus einer Rede vor Gericht  
„Warum stehe ich hier vor Gericht? Weil die Bourgeoisie den Marxismus-Leninismus ausschalten, weil sie den „Roten Morgen“ und die gesamte marxistisch-leninistische Propaganda der Partei verbieten will. Dies ist der Kern der Anklage. Das zeigt sich in der Anklageschrift sehr deutlich.“

Dort heißt es an einer Stelle: „In allen zitierten Passagen sollen die Bundesrepublik Deutschland und deren verfassungsmäßige Ordnung erkennbar auch dann getroffen werden, wenn u. a. von der ‚Bourgeoisie‘, der ‚Ausbeuterordnung‘,



Genosse Gernot Schubert

der ‚Ausbeuterherrschaft‘, dem ‚imperialistischen Unterdrückersystem‘, ‚westdeutschen Imperialismus‘ und dem ‚Ausbeuterstaat‘ gesprochen wird.“ An anderer Stelle wird ergänzt, daß diese Begriffe aus der Ideologie des Angeklagten und der Ideologie der KPD/ML heraus verstanden werden müssen.

Diese Stelle in der Anklageschrift ist bezeichnend für die Schärfe der Pressezensur, die in der Bundesrepublik herrscht. Zeigt sie doch, daß die Bourgeoisie nicht nur die Propagierung der revolutionären Gewalt fürchtet – und zum Beispiel mit dem 14. Strafrechtsänderungsgesetz verbietet – sondern daß der Staatsanwalt bereits dann in Aktion tritt, wenn man die kapitalistischen Verhältnisse mit marxistisch-leninistischen

Begriffen beim Namen nennt. Mit anderen Worten: Die Bourgeoisie hat ihre Verteidigungslinie gegenüber der Revolution, gegenüber dem Marxismus-Leninismus vorverlegt. Sie verbietet heute bereits die Erkenntnis der kapitalistischen Wirklichkeit auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus, weil sie oft genug die Erfahrung gemacht hat, daß es von der Erkenntnis des Kapitalismus nicht mehr weit ist zu der Schlußfolgerung, daß dieses kapitalistische System nichts anderes verdient, als in der sozialistischen Revolution gestürzt zu werden.

### WARUM SPRECHEN WIR VON „BOURGEOISIE“ ODER „AUSBEUTERSTAAT“?

Weil es sich hierbei um Begriffe handelt, die zuerst Marx und Engels aus ihrer wissenschaftlichen Analyse des Kapitalismus entwickelt haben. Und weil diese Begriffe auch heute noch zutreffen. Marx sagt im Kommunistischen Manifest:

*„Die wesentliche Bedingung für die Existenz und für die Herrschaft der Bourgeoisie ist die Anhäufung des Reichtums in den Händen von Privaten, die Bildung und Vermehrung des Kapitals; die Bedingung des Kapitals ist die Lohnarbeit.“* Und Engels sagte:

*„Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zu halten; da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittelt seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse.“* Und kurz zusammengefaßt: *„... der moderne Repräsentivstaat ist Werkzeug der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital.“* Zweifellos treffen diese Feststellungen auch auf die Bundesrepublik, die ein kapitalistischer Staat

ist, zu. Stellt man das aber fest, so ist das bereits ein Fall für den Staatsanwalt. Die Werktätigen sollen die „normale“ kapitalistische Ausbeutung und damit die Existenz der Bourgeoisie als etwas Notwendiges, Naturgegebenes akzeptieren. Deshalb will uns auch dieses Gericht verbieten, von „Ausbeuterordnung“ zu schreiben.

Aber wir denken nicht daran, das zu tun. Wir kämpfen für die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, für den Sturz dieses Ausbeuterstaates in der bewaffneten Revolution.

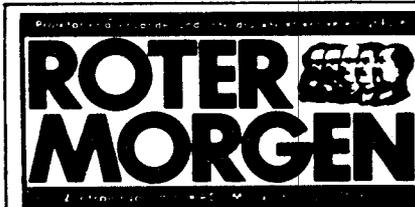
### WARUM SPRECHEN WIR VON DER DIKTATUR DER BOURGEOISIE?

Eine weitere Feststellung, die die Bourgeoisie dem „Roten Morgen“ immer wieder sehr übel nimmt, ist die Feststellung über die „angebliche De-

mokratie“ in der Bundesrepublik. Warum? Man sagt, getroffene Hunde belten. . . . . Tatsächlich gibt es in der Bundesrepublik – wie in jedem kapitalistischen Staat – keine Demokratie für die Werktätigen, sondern lediglich für eine Handvoll Kapitalisten, die eine Diktatur über die Mehrheit des Volkes ausüben. Deshalb, weil der „Rote Morgen“ die Wahrheit schreibt, will die Bourgeoisie ihn ausschalten.

Im Osten wie im Westen übt die Bourgeoisie eine Diktatur über die Werktätigen aus. Hier nennt die Bourgeoisie ihre Diktatur „freiheitlich-demokratische Grundordnung“. Drüben ist die Bourgeoisie noch unverschämter und nennt ihre faschistische Diktatur sogar Sozialismus/Kommunismus. Genauso könnte man an eine alte Bruchbude, in der kein Mensch mehr wohnen will, ein Schild hängen: das schönste Haus der Welt. Bloß, nützt

Fortsetzung Seite 8



Zu bestellen bei:  
Verlag G. Schneider  
46 Dortmund  
Postfach 30 05 26  
Abonnement: 30 DM für 1 Jahr,  
15 DM für 1/2 Jahr

Unterstützt den „Roten Morgen“ durch Euer Abonnement! Fordert Probeexemplare an und überzeugt Euch selbst, daß der „Rote Morgen“ die Wahrheit schreibt! Fordert Informationsmaterial über die Prozesse an! Spendet auf das Konto der RHD, Stadtparkasse Dortmund, Konto-Nr.: 201 007 097 H. Held, Stichwort: Roter-Morgen-Prozesse!

Bestellt die „Bildmappe über die Verfolgung der fortschrittlichen und kommunistischen Presse früher und heute“, 18 Plakate DIN A 4, Preis 12 DM. Im Preis ist eine Spende für die Roter-Morgen-Prozesse enthalten. Zu bestellen bei: GEWISO-Buchvertrieb, Postfach 11 16 49, 2 Hamburg 11.



## Karin Wagner : „Isolation ist Folter“

Auszug aus einer Rede vor Gericht  
„Die Staatsanwaltschaft wirft mir unter anderem ‚Verächtlichmachung des Staates‘ vor. Ein kurzes Beispiel soll hier zu Beginn meiner Ausführungen genügen, um den Charakter dieses Staates deutlich werden zu lassen. Bekanntlich wurden auch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht das Opfer des blutigen Terrors der Bourgeoisie gegen die Kommunisten und Revolutionäre. Hervorgetan beim Meuchelmord an Karl und Rosa hatte sich ein gewissen Polizeihauptmann Pabst. Über diesen Pabst nun heißt es im Bulletin des Presse- und Informationsdienstes der Bundesregierung im Jahre 1962: ‚Pabst bestreitet nicht seine Verantwortung für die standrechtlichen Erschießungen, aber er versichert, es in höchster Not und in der Überzeugung getan zu haben, nur so den Bürgerkrieg beenden und Deutschland vor dem Kommunismus retten zu können.‘

Es ist dieser gleiche Staat, der einem der Mörder Karls und Rosas seine Ehrenhaftigkeit bescheinigt, der heute die

politischen Gefangenen psychisch und physisch vernichtet. Die Staatsanwaltschaft behauptet in ihrer Anklageschrift, diese Feststellung, daß der imperialistische Staatsapparat die planmäßige psychische und physische Vernichtung der politischen Gefangenen betreibt, und daß dieses Vorgehen ein Teil der Faschisierung des Staatsapparates ist, sei eine Verächtlichmachung des Staates.



Genossin Karin Wagner

Eine solche Anklageerhebung ist zynisch. Nur wenige Wochen, nachdem das Gericht seine Strafbefehle wegschickte, starb Holger Meins. Kurz nachdem dieser Prozeß gegen uns begann, starb Ulrike Meinhof. Von fünf angeklagten Revolu-

tionären in Stammheim sind zwei bereits tot. Was kann deutlicher zeigen, daß der kapitalistische Staat nicht nur einen Mörder Karls und Rosas in Ehren hält, sondern heute mit ebensolchem Terror gegen Kommunisten und Revolutionäre vorgeht.

Gestern konnte man in der bürgerlichen Presse lesen, daß sich mit Ulrike Meinhof der zweite Angeklagte in Stammheim dem Urteil des Gerichts entzogen habe. Das ist der Gipfel des Zynismus! Wo ist denn diese gleiche Presse, wenn es um solche Naziverbrecher wie den ehemaligen KZ-Baumeister und früheren Bundespräsidenten Lübke geht? Wo, wenn es um den Nazi Kiesinger, um Schiller und wie sie alle heißen geht? Da redet niemand davon, daß diese Verbrecher sich dem Urteil des Gerichts entziehen. Denn wer wie sie im Auftrag der Bourgeoisie Verbrechen begeht, der braucht sich auch keinem Urteil irgendeines Gerichts zu entziehen. Denn die Gerichte urteilen im Namen der herrschenden Klasse. Und deshalb kommen diese Verbrecher auch nicht ins Gefängnis, sondern werden Bundespräsident, Minister usw.“

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch

# ROTER MORGEN

Zentralorgan

## Stabilitätsgerechte Abschlüsse sind Lohnraub

Antifaschistenprozess

## Gericht verhängt über 30 Tage Ordnungsstrafen

Tag, dem 7. Oktober, stehen sieben Ankläger vor der 1. Großen Strafkammer am Kappellhofplatz in Köln

## ROTE Nur der Griff der Massen zum Gewaltsamen Sozialismus

## Holger Meins zu Tode gefoltert

## Kohlepreise um 10 Prozent erhöht

## KORRUPT bis auf die Knochen

## DIE MÖRDER SITZEN IN BOMBARDE

## "Kapitalistenstaat" ein verbotenes Wort

Immer dann, wenn der imperialistische Staatsapparat unter dem Vorwand, das Volk vor dem politischen Verbrechen der Faschisierung einen weiteren Schritt voranzutreiben, die Propagandatrümmel für die Freiheit der Meinungsäußerung zerstreut, so wie...



5000 demonstrieren am Roten Antikriegstag. 1972 - 1976: Die Kämpfe der Werktätigen nehmen zu. Die KPD/ML



Demonstration gegen den Besuch des Diktators Breschnew.

1972 - 1976: Die Kämpfe der Werktätigen nehmen zu. Die KPD/ML

# Ernst Aust: "Ich klage an"

In einem der ersten Prozesse gegen den „Roten Morgen“, der 1973 in Hamburg stattfand, hielt der Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, und damals verantwortlicher Redakteur des „Roten Morgen“, eine Rede, aus der wir hier einen Auszug abdrucken. An dieser Rede haben sich in der Folgezeit viele angeklagte Genossen ein Beispiel genommen, wie man vor Gericht den Spieß umdreht und die Gerichtsverhandlung zum Tribunal gegen die herrschende Klasse macht.

Um von Anfang an klare Fronten zu schaffen: Ich stehe hier nicht als Angeklagter, der sich verteidigen müßte, sondern als Ankläger. Ich klage Sie, der Sie sich anmaßen, darüber zu befinden, was ich im „Roten Morgen“, dem Zentralorgan unserer Partei, geschrieben habe, an, sich des Verbrechens der Unterdrückung des Rechts auf freie Meinungsäußerung schuldig zu machen. Ich klage Sie und den Herrn Staatsanwalt als Vertreter des Staates und seiner Regierung an, den Namen des deutschen Volkes zu mißbrauchen, indem Sie:

Ich klage Sie an: das auf der Ausbeutung der Menschen durch den Menschen beruhende kapitalistische Gesellschaftssystem aufrecht erhalten zu wollen und sich dazu faschistischer, terroristischer Mittel zu bedienen.

- dem Aggressionsstreben des westdeutschen Imperialismus Vorschub leisten;
- die konterrevolutionäre Gewalt, den offenen Terror der Staatsapparate gegen das Volk unterstützen;
- die imperialistischen Schreiberlichmörder in ihren Verbrechen gegen die Völker decken;
- durch die Aufrechterhaltung parlamentarischer Illusionen das Volk betrügen;
- den Mord an Arabern und Israelis rechtfertigen;
- die Verbrechen des USA-Imperialismus in Vietnam unterstützen;

40 Jahre sind seit dem Machtantritt der Hitlerfaschisten vergangen. Eine ihrer ersten Maßnahmen, die sie ergriffen, war eine am 4. Februar 1933 erlassene „Notverordnung zum Schutz des deutschen Volkes“. Sie ermöglichte ihnen, Kundgebungen gegnerischer Parteien und oppositionelle Zeitungen wegen Verächtlichmachung des Staates zu verbieten.

„Verächtlichmachung des Staates“, dieser nazistische Rechtsbegriff von 1933 ist es, der die Grundlage der mir am 16. 2. 1973 übersandten Strafanordnung, Nötigung oder Anklageschrift, wie Sie es nennen, bildet. Wörtlich heißt es da, ich hätte „durch Verbreiten von Schriften die Bundesrepublik Deutschland beschimpft und böswillig verächtlich gemacht“.

Die Bundesrepublik Deutschland? Wer ist das? Sind das die Millionen und Abermillionen fleis-

### Ausgaben des ROTEN MORGEN, vom Klassenfeind verfolgt, angeklagt oder verboten:

Extra Juni 72	Extra Juni 74	Nr. 30/74	Nr. 42/74	Nr. 4/75	Nr. 34/75
Nr. 15/72	Nr. 25/74	Nr. 31/74	Nr. 46/74	Nr. 5/75	Nr. 37/75
Nr. 18/72	Nr. 26/74	Nr. 34/74	Nr. 48/74	Nr. 10/75	Nr. 38/75
Nr. 20/72	Nr. 27/74	Nr. 35/74	Nr. 49/74	Nr. 11/75	Nr. 40/75
Nr. 21/72	Nr. 28/74	Nr. 38/74	Nr. 1/75	Nr. 12/75	Nr. 19/76
Nr. 23/73	Nr. 29/74	Nr. 39/74	Nr. 2/75	Nr. 24/75	Nr. 25/76



Überall verbreitet die Partei die Wahrheit über den Tod des Genossen Günther Routhier. ML erstarkt. Das ist die Ursache für den wachsenden Justizterror.



Brokdorf. im Zentrum der Kämpfe weht die Fahne der KPD/ML.

siger Arbeiter und Angestellter in den Fabriken, Werken, Betrieben, die werktätigen Bauern, die Studenten, die kleinen Händler und Gewerbetreibenden? Oder sind das die oberen Zehntausend, die Handvoll Millionäre und Multimillionäre, die Krupp, Flick, Thyssen, Stinnes, die sich den vom Volk in harter Arbeit geschaffenen Reichtum räuberisch aneignen? Wenn Sie die ersten meinen, so fragen Sie doch, fragen Sie den Mann auf



Genosse Ernst Aust

der Straße, fragen Sie die hier im Gerichtssaal anwesenden Arbeiter und Angestellten, ob sie sich durch den „Roten Morgen“ beschimpft und böswillig verächtlich gemacht fühlen?

Wenn Sie jedoch die letzteren meinen, die Herren des Finanzkapitals, die Bosse der Monopole und Banken, sie und ihre Lakaien in Staatsapparat und Regierung, so kann man sie ebensowenig verächt-

lich machen oder beschimpfen, wie wenn man die Mafia eine Crew von Mördern und Gangstern nennt. Sind sie etwa keine Diebe, Mörder oder „blutbefleckte Ausbeuter“, wie es im „Roten Morgen“ hieß, die Herren Kapitalisten? Lesen Sie, Herr Sörensen, denn keine Zeitung, gehen Sie mit geschlossenen Augen durch die Welt? Oder wollen Sie einfach nicht sehen, weil Sie von ihnen bezahlt, bestochen werden? Wissen Sie nicht, - daß in der BRD täglich am Arbeitsplatz 15 Menschen tödlich verunglücken? Sterben, weil sie durch Rationalisierung und maßlos gestiegene Arbeitshetze zur Nichtbeachtung der Unfallvorschriften gezwungen werden, weil ihre Unternehmer um ihrer Profite willen Sicherheitsvorschriften außer Acht lassen?

- daß immer wieder ungenügend erprobte Medikamente auf den Markt kommen, so daß wie bei Contergan Tausende Kinder verkrüppelten oder bei Menocil zig Menschen starben. Was kümmert die Arzneimittelhersteller schon das Leben der Menschen, Hauptsache, die Kasse stimmt?

- daß von den jährlich fast 20 000 Toten auf unseren Straßen zumindest die Hälfte auf Kosten der Kapitalisten geht, indem sie lebensgefährliche Autos bauen, oder des kapitalistischen Staates, der nicht für die notwendige Sicherheit auf unseren Straßen sorgt?

- daß die deutschen Imperialisten um ihrer Macht- und Profitinteressen willen in den letzten zwei Weltkriegen Millionen Menschen auf die Schlachtfelder trieben?

**Bisher ergangene URTEILE:**

22.1.74 Ernst Aust 5400DM	13.5.76 Gernot Schubert 1 Jahr mit Bewährung
11.9.74 Ernst Aust 3000DM	Karin Wagner 4 Monate mit Bewährung
20.8.75 Ernst Aust 7500DM	16.11.76 Gernot Schubert 4 Monate ohne Bewährung
8.9.76 Ernst Aust 2000DM	Karin Wagner 1800 DM
8.9.76 Gernot Schubert 1500DM	Dieter Stoll 4 Monate ohne Bewährung

# ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

liegt zum ROTEN MORGEN 36 EXTRABLATT September 1

Nummern des ROTEN MORGEN beschlagnahmt

## Sie fürchten den Marxismus-Leninismus

In den letzten 3 Monaten... für Firmen Carroux sind berücksichtigt... ur einen Moment erholt... fristlos entlassen... Roter-Antikriegstags-Prozess in Mieno... Solidarität mit den angeklagten Genossen... Wenn ich sterbe, sagt ihnen die Wahrheit: Die Polizei hat mich erschlagen!

Wenn ich sterbe, sagt ihnen die Wahrheit: Die Polizei hat mich erschlagen!

Die Polizei hat mich erschlagen!

Günter Routhier

Ihr Terror macht v... Adresse im Grab nicht ha... KPD/ML zum 6. Jahrestag

Gründung der Partei

Zentralorgan der KPD... Nr. 11 vom 15. März 1975

# Aus der Arbeit der Roten Hilfe

## Die Solidarität der Massen organisieren!

„Wir brauchen die Solidarität der Werktätigen, vor der die Bourgeoisie so Angst hat, nicht zu schaffen, sie ist da. Wir müssen sie entfalten, organisieren, das ist unsere Aufgabe.“ Diese richtige Schlußfolgerung ziehen die Bremer Genossen der RHD aus ihren Erfahrungen im Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz. Die folgenden Berichte sind Beispiele dafür, wie die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS die Solidarität der Werktätigen gegen den Terror der Bourgeoisie organisiert.

### Kiel

Die Kieler Ortsgruppe hat zur Unterstützung der Kämpfer von Brokdorf im Stadtteil und an der Hochschule ein Flugblatt verbreitet. Die Genossen haben bei der Hausagitation, bei Ständen in der Stadt und bei einer Demonstration über 500 DM gesammelt und noch sind nicht alle Büchsen geleert.

Rote Helfer und befreundete Künstler fertigten Zeichnungen zum Kampf in Brokdorf an, führten damit eine Ausstellung durch und druckten eine Postkartenserie,

die zum Spendenpreis verkauft wird. Der Erlös ist für die Kämpfer von Brokdorf und den Genossen Bernd Weitalla bestimmt. Bei dem Personal des Krankenhauses Wilster, in dem Genosse Bernd und andere Verletzte behandelt worden waren, bedankte sich die Rote Hilfe für die gute Behandlung mit einem Brief.

Die Genossen berichten, daß Bernd inzwischen aus dem Krankenhaus entlassen ist und in Malente eine Sprachtherapie macht.



Genosse Bernd Weitalla, seine Frau Ulla und ihr Sohn Alexander

16. November. 30.000 Menschen kämpfen in Brokdorf gegen das lebensbedrohende Atomkraftwerk, trotz des unbeschreiblichen Terrors der Polizei. Bernd Weitalla, Roter Betriebsrat auf HDW Kiel, ist unter ihnen. Er wird durch einen gezielten Steinwurf der Polizei lebensgefährlich verletzt. Schädelbruch und Gehirnverletzung im Bereich des Sprachzentrums. Noch heute kann Bernd nicht zusammenhängend sprechen. Noch weiß niemand, wie schwer seine Behinderungen bleiben werden.

### Bremen

Kürzlich wurde in Bremen der Genosse Jürgen Janz vor Gericht gezerzt wegen angeblichem Hausfriedensbruch. Als kommunistischer Lehrer war Jürgen Janz im Sommer 1975 mit Unterrichts- und Hausverbot belegt worden. Dennoch hatte er auf Wunsch seiner Schüler weiter unterrichtet. In einem brutalen Polizeieinsatz wurde Jürgen Janz aus der Schule geholt, verhaftet und verprügelt. Ebenso mehrere Schüler, die sich kämpferisch für ihren Lehrer eingesetzt hatten.

Ein Komitee „Jürgen Janz muß Lehrer bleiben“, das die Schüler gebildet hatten, organisierte damals mit Unterstützung der KPD/ML und der RHD eine breite Solidaritätsbewegung. Mehrere Mitglieder des Komitees traten in die Rote Hilfe ein.

Bei der Vorbereitung des Prozesses konnte sich die RHD jetzt

auf die breite Solidarität unter den Schülern stützen.

Zusammen mit der Roten Garde verteilten Rote Helfer vor mehreren Schulen Flugblätter, die den Kampf der Schüler gegen Jürgens Rausschmiß schilderten und aufriefen, zum Prozeß zu kommen. In den Tagen vor dem Prozeß klebten überall im Einzugsgebiet der Schule Aufkleber und in einer großen Pause flatterten plötzlich tausende kleiner Papierstreifen aus den Klassenfenstern in den Pausenhof: „Jürgen Janz muß Lehrer bleiben! Kommt zum Prozeß!“

In der Straße, in der Jürgen und seine Frau wohnen, wurden ebenfalls Flugblätter gesteckt und in dem Wohngebiet, das an die Schule grenzt, haben Rote Helfer Hausagitation gemacht, da Anwohner damals den Polizeieinsatz auf dem Schulhof gesehen hatten. Bei der Hausagitation (besucht wurden vor allem diejenigen, die sich auf

die Unterschriftenliste eingetragen hatten) konnten sie erleben, daß die Empörung über die politische Unterdrückung und die Bereitschaft zur Solidarität sehr groß ist. Von einer Frau bekam Genosse Jürgen Eingemachtes und eine Tüte Äpfel und die besten Wünsche für den Prozeß: „Wehren Sie sich morgen gut, wenn nötig auch mit den Füßen! Wenn eine Geldstrafe herauskommt, kommt schnell wieder vorbei, um eine Spende dafür abzuholen.“ Eine andere Frau schrieb Jürgen Janz zum Prozeß.

Diese Arbeit der RHD war erfolgreich, etwa 60 Personen – hauptsächlich ehemalige Schüler – waren zum Prozeß erschienen.

Während das Gericht versuchte, die Angelegenheit als „ganz gewöhnlichen Hausfriedensbruch“ darzustellen, zeigte Jürgen Janz die wahren Absichten der Klassenjustiz auf: man wollte ihn wegen „Hausfriedensbruch“ verurteilen, ihn so zum Kriminellen stempeln, um so leichter das Berufsverbot gegen ihn durchsetzen zu können, denn ein Berufsverbotsverfahren hat die Bourgeoisie bis heute gescheut. Jürgen Janz entlarvte vor den anwesenden Schülern auch die Zusammenarbeit zwischen Gericht, Polizei und Schulleitung. Bei der Zeugenvernehmung der Schulleiterin Opelt und ihres Stellvertreters Gerlach zeigte sich, daß beide durch Bespitzelung und Denunziation darauf hingearbeitet hatten, Jürgen von der Schule zu bekommen.

Vielen Schülern fiel es wie Schuppen von den Augen, als herauskam, daß die Schulleitung der Polizei für ihren Einsatz eine Lagekarte des Schulgeländes und eine Personenbeschreibung von Jürgen Janz gegeben hatte. Doch nicht genug damit. Es wurde auch klar, daß Frau Opelt nach dem Polizeieinsatz die Schüler zu „sachlicher Diskussion“ aufgerufen hatte, um sie dann bei der Schulbehörde denunzieren zu können. Einige wurden dann auch prompt bestraft, weil sie sich für ihren Lehrer eingesetzt hatten.

Auch wenn in diesem Prozeß kein Freispruch erkämpft werden konnte, sondern nur eine Herabminderung der Geldstrafe von 1000 DM auf 400 DM, so war der Prozeß doch ein großer Erfolg. Viele Schüler haben durch diesen Prozeß selbst miterlebt, daß die Gerichte nicht „neutral“ sind und sie werden in Zukunft noch entschieden kämpfen. An den beiden Prozeßtagen wurden insgesamt 130,30 DM gesammelt und viele „Rote Morgen“ und Rote-Hilfe-Zeitungen verkauft.

## Köln

Die Kölner Genossen schrieben uns: „Die Unterstützung der Roten Betriebsräte Anne und Franz bei Klöckner Humboldt Deutz in Köln ist Schwerpunkt der Arbeit der Ortsgruppe im November gewesen. Anne und Franz sollen aus dem Betriebsrat geworfen und mit Hilfe eines Strafverfahrens wegen Verteilen von Flugblättern zu Kriminalen abgestempelt werden.“

In der Woche vor dem Prozeß steckten wir in bestimmten Straßen in Kalk, einem proletarischen Stadtviertel Kölns, wo die RHD schon länger arbeitet und in der Straße, wo die Rote Betriebsrätin wohnt, Flugblätter in die Briefkästen, mit der Aufforderung, zu den Prozessen zu kommen und zu spenden. Wir kündigten für den kommenden Samstag eine Pfandflaschensammlung für die Roten Betriebsräte an und brachten in den Hausfluren kleine Zettel der RHD an mit der Aufschrift: Samstag Pfandflaschensammlung 14-17 Uhr.

Samstagsvormittag informierten

## Leserbrief

Liebe Genossen!

Nach einer ausführlichen Diskussion kamen wir Roten Helfer aus Dortmund zu folgendem Ergebnis: Das Titelblatt der RH-Zeitung Nr. 12 steht in keinem Zusammenhang mit dem hervorragenden Inhalt dieser Zeitung, der ein ausgezeichnetes Beispiel ist für die Klassensolidarität der Bevölkerung. Es erweckt Resignation und Pessimismus, es erweckt den Anschein, daß vom Klassenfeind Verfolgte und Revolutionäre der Klassenjustiz und den Bullen hilflos ausgeliefert sind. Die Büttel sind übermächtig dargestellt, was völlig unrealistisch

## Liebe Genossen

Ich möchte mich bei Euch und bei allen Roten Helfern bedanken, die mit dazu beigetragen haben, daß Ihr mir vor kurzem einen größeren Geldbetrag zur Deckung der Prozeßkosten überreichen konntet. Dieses Geld, zusammengetragen bei Hausbesuchen, auf Solidaritätsveranstaltungen und bei Sammlungen auf der Straße ist ein Beweis für die Solidarität der Werktätigen und die Stärke der RHD, die diese Solidarität organisiert hat.

Vor uns steht ein neues Jahr mit Kampfaufgaben. Mitglieder werben, sammeln, organisieren, die spontane Empörung über die bürgerliche Klassenjustiz und den Polizeiterror nutzen und eine breite Front gegen den ganzen Herrschaftsapparat der Bourgeoisie, den Staat aufbauen, so werden wir die Aufgaben erfüllen, die Clara Zetkin uns gestellt hat, eine Massenorganisation zur Erhaltung, Stärkung, Steigerung und Mebrung der Kräfte der Weltrevolution zu sein.

Der eingeschlagene Weg, die Beispiele

wir die Bevölkerung in der Kalker Hauptstraße, wo die angeklagten Genossen damals auch beim Flugblattverteilen überfallen und festgenommen worden waren. Auch diesmal überfiel die Polizei mehrere Flugblattverteiler anderer revolutionärer Organisationen, mißhandelte sie brutal und nahm sie fest. Die Passanten waren empört über das Vorgehen der Polizei, eine Frau beteiligte sich an einem Versuch, einen Genossen zu befreien. Ein Passant riß uns die Zeitung aus der Hand: „Ja, gib her, ich habe das nie geglaubt, aber jetzt habe ich es selber gesehen.“ Und er gab uns außerdem noch eine Spende.

Am Nachmittag gingen wir dann durch die Häuser, wir trafen viele Menschen, die unsere Pfandflaschensammlung für die Roten Betriebsräte unterstützten und die Zeitung kauften. Am größten war die Solidarität bei denjenigen, die den Polizeiterror am Vormittag mit eigenen Augen gesehen hatten.

Unsere Pfandflaschensammlung erbrachte 50,- DM und zusätzlich 16,- DM Geldspenden. Wir verkauften 22 Zeitungen.“

ist. Das zeigen gerade die Beispiele, die in der Zeitung angeführt werden. Das Bild widerspricht der von der RHD verfolgten Politik und ihrer Aufgabe, nämlich die einfachen Werktätigen zu ermutigen in ihrem täglichen Kampf gegen den Kapitalismus, sie für die Solidarität mit anderen Kämpfern zu gewinnen und sie mit revolutionärem Optimismus zu erfüllen. Das ist die Aufgabe der RHD bei ihrer täglichen Arbeit. Das ist aber auch die Aufgabe unserer Zeitung.

Rotfront

Die Redaktion nimmt diese Kritik, die auch von vielen anderen Roten Helfern kam, als völlig berechtigt an.

brüderlicher Solidarität, die auch ich von Seiten der RHD erfuh, sind die Gewähr dafür, daß wir es erreichen werden.

Liebe Genossen, nochmals vielen Dank und ein frohes, kämpferisches, revolutionäres 1977.

Rotfront!

Euer Genosse Michael Banos



## Adressen politischer Gefangener

Gefangene wegen Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972:

Alexander Haschemi, 8910 Landsberg, JVA, Hindenburgring 12

Baha Targün, Remscheid-Lüttringhausen, Masurenstr. 28, Justizvollzugsanstalt. (Türkischer Genosse beim Ford-Streik zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt.)

Horst Mahler, 1000 Berlin 27, Seidelstr. 39, JVA Tegel, zu 14 Jahren verurteilt wegen Mitgliedschaft in der RAF, heute Sympathisant der GRF (KPD)



Achtung! Neues Spendenkonto der RHD: Stadtparkasse Dortmund Nr. 201 007 097, H. Held.

## Impressum

Herausgeber: Zentrale Leitung der RHD, Selbstverlag, Verantwortlicher Redakteur: Jürgen Heinrich, Redaktion und Vertrieb: Stollenstr. 12, 46 Dortmund, Tel.: 0231/81 19 12. Druck: Alpha-Druck GmbH, Dortmund.

1977

1. Januar	1. Sonntag
2. Januar	2. Sonntag
3. Januar	3. Sonntag
4. Januar	4. Sonntag
5. Januar	5. Sonntag
6. Januar	6. Sonntag
7. Januar	7. Sonntag
8. Januar	8. Sonntag
9. Januar	9. Sonntag
10. Januar	10. Sonntag
11. Januar	11. Sonntag
12. Januar	12. Sonntag
13. Januar	13. Sonntag
14. Januar	14. Sonntag
15. Januar	15. Sonntag
16. Januar	16. Sonntag
17. Januar	17. Sonntag
18. Januar	18. Sonntag
19. Januar	19. Sonntag
20. Januar	20. Sonntag
21. Januar	21. Sonntag
22. Januar	22. Sonntag
23. Januar	23. Sonntag
24. Januar	24. Sonntag
25. Januar	25. Sonntag
26. Januar	26. Sonntag
27. Januar	27. Sonntag
28. Januar	28. Sonntag
29. Januar	29. Sonntag
30. Januar	30. Sonntag
31. Januar	31. Sonntag

### Solidaritätslied

Vorwärts und nicht vergessen,  
wenn uns're Stärke lachelt,  
dann Hunger und kein Essen,  
vorwärts und nie vergessen,  
die Solidarität!

Auf der Welle dieser Erde,  
singt Euch in dessen Sinn,  
daß sie jetzt die eure werde,  
und die große Nebenwelt.

Schweizer, Weißer, Brauner, Gelber,  
endet Eure Schicksalstram,  
reden auf die Welle selber,  
reden sie selbst anfang sein.

Ueire Herren, wer sie auch seien,  
sollen uns're Zerstörer sein,  
dann sägen sie uns selbst ein,  
Machen sie auch unsere Herren.

Machen sie es selbst erreichen,  
brauchen sie nicht Ode und Takt,  
wer im Stah Mütz zusammenziehen,  
Müß ja nur sich selbst im Stah!

Proletariat, alle Länder,  
singt Euch und ihr seid frei:  
Eure großen Regimenter  
brechen jede Tyrannie!

Kalender 1977 der RHD. Zusammengestellt aus einer Ausstellung über die Arbeit der RHD früher und heute, die von der Ortsgruppe Bielefeld der RHD anlässlich der Prozesse gegen die RHD erstellt wurde, mit vielen Fotos und Zeichnungen.

Solidaritätspreis: 6 DM. Bestellung bei GEWISO Buchvertrieb, Postfach 11 16 49, 2 Hamburg 11.

Fortsetzung von Seite 3  
das natürlich nichts. Eine Bruchbude bleibt eine Bruchbude, und wenn man zehn Reklameschilder daranhängt. Eine bürgerliche Diktatur bleibt eine bürgerliche Diktatur, und wenn sie sich zehnmal ‚freiheitlich-demokratische Ordnung‘ oder ‚Sozialismus/Kommunismus‘ nennt.

Lenin hat das treffend gekennzeichnet, als er sagte:

*„Man nehme die Grundgesetze der modernen Staaten, man nehme die Methoden, mit denen sie regiert werden, man nehme die Versammlungs- und Pressefreiheit, die ‚Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz‘ – und man wird auf Schritt und Tritt die jedem ehrlichen und klassenbewußten Arbeiter wohlbekannte Heuchelei der bürgerlichen Demokratie erblicken. Es gibt keinen einzigen Staat, und sei es auch der demokratischste, wo es in der Verfassung nicht Hintertürchen oder Klauseln gäbe, die der Bourgeoisie die Möglichkeit sichern, bei Verstößen gegen ‚Ruhe und Ordnung‘ – in Wirklichkeit aber, wenn die ausgebeutete Klasse gegen ihr Sklavendasein ‚verstößt‘ und versucht, sich nicht mehr wie ein Sklave zu verhalten – Militär gegen die Arbeiter einzusetzen, den Belagerungszustand zu verbhängen.“*

Diese Feststellung trifft voll auf die Bundesrepublik zu. Mit dem einen Unterschied, daß sich die ‚Demokratie‘ weiterentwickelt hat. Aus den ‚Hintertürchen‘, von denen Lenin sprach, sind heute, wie Genosse Ernst Aust feststellte, wahre Scheunentore geworden. Denn die Bourgeoisie hat nicht nur Gesetze für die tagtägliche Unterdrückung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen. Sie hat bereits die Notstandsgesetze, die nichts anderes sind, als ein Ermächtigungsgesetz, auf deren Grundlage die Bourgeoisie legal eine erneute faschistische Diktatur ausüben kann und will, wenn die ausgebeutete Klasse sich gegen ihr Sklavendasein erhebt.

Wenn ich eben die Bundesrepublik mit einer Bruchbude verglichen habe,

dann muß ich das jetzt ergänzen: Die angebliche Demokratie in der Bundesrepublik ist nicht nur verrotten, sondern auch grausam und terroristisch. Sie ist eben nichts anderes als die gewaltsame Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie. Darin unterscheidet sich die Bundesrepublik nicht von anderen kapitalistischen Staaten. Für jeden kapitalistischen Staat einschließlich der revisionistischen Staaten trifft zu, was Lenin sagte:

*„Wenn der Staat das Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassegegensätze ist, wenn er eine über der Gesellschaft stehende und ‚sich ihr mehr und mehr entfremdende‘ Macht ist, so ist klar, daß die Befreiung der unterdrückten Klasse unmöglich ist, nicht nur ohne gewaltsa-*

*me Revolution, sondern auch ohne Vernechtung des von der herrschenden Klasse geschaffenen Apparates der Staatsgewalt, in dem sich diese ‚Entfremdung‘ verkörpert.“*

Weil das so ist, wird der ‚Rote Morgen‘ auch weiterhin – und daran wird ihn kein Staatsanwalt und kein Richter hindern – die Verbrechen dieses kapitalistischen Staates beim Namen nennen und die Massen vom Nutzen und von der Notwendigkeit der bewaffneten Revolution überzeugen. Unter der Führung der KPD/ML wird die Arbeiterklasse die Diktatur des Proletariats errichten und ausüben. Und diese Diktatur wird für die Werktätigen millionenfach demokratischer sein als die demokratischste bürgerliche Republik.“

## Rettet ihr Leben!

Seit einiger Zeit führen die Regierungen verschiedener imperialistischer Staaten eine großangelegte Hetzkampagne und Verfolgungsmaßnahmen gegen die CISNU durch, die als demokratische und antiimperialistische Organisation iranischer Studenten im Ausland die Verbrechen des Schah-Regimes anprangert und so den Kampf des iranischen Volkes wirkungsvoll unterstützt.

In Paris wurden im November die CISNU-Mitglieder Mohammadreza Takbiri und Nader Oskui unter dem erlogenen Vorwand verhaftet, sie wären an einem Attentat auf den Chef der dortigen Zentrale des faschistischen iranischen Geheimdienstes SAVAK beteiligt gewesen. Vier andere CISNU-Mitglieder wurden praktisch über Nacht aus Frankreich ausgewiesen: sie galten als Entlastungszeugen für die beiden inhaftierten Antifaschisten.

Auch die DBR ist keine Ausnahme. So ist z. B. der seit Jahren in Heidelberg lebende Student Reza Mohadjer von der Abschiebung bedroht, weil er ein führendes Mitglied der CISNU ist.

Die Abschiebung aber würde für

ihn – ebenso wie für die beiden in Paris Inhaftierten – mit Sicherheit lebenslange grausame Folterungen in den Kerkern der Schah-Faschisten, wenn nicht sogar den Tod bedeuten.

Rettet das Leben der zwei in Paris inhaftierten CISNU-Mitglieder, protestiert bei:

M. Ponjatowski  
Ministre de l'Interieur  
75000 Paris  
Frankreich

Fordert die sofortige und bedingungslose Aufenthaltsgenehmigung für Reza Mohadjer beim Innenministerium von Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart und beim Bundesinnenministerium, 5300 Bonn

# Rote Hilfe

Ich bestelle: Probenummer   
Abonnement ab Nr. ....

Ich möchte: Informationsmaterial   
besucht werden   
Mitglied der RHD werden

Name .....

Vorname .....

Beruf .....

Straße .....

PLZ/Ort .....

Datum .....

Unterschrift .....

Bestellungen an:  
RHD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str.,  
46 Dortmund

Bezahlung auf das Konto: Stadtparkasse  
Dortmund Nr. 201 007 097, H. Held.  
Abonnementspreis für 1 Jahr: 6,- DM

### KONTAKTADRESSEN

Bielefeld: Theresia Wiedeke, Gadderbaumerstr. 28

Bochum: Buchhandlung „Roter Morgen“, Dorstener Str. 86, Mi. 17-19 Uhr. Tel.: 0234/51 15 37

Bremen: Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Mo-Frei 16.00-18.30 Uhr, Sa 9.00-13.00 Uhr, Tel. 0421/39 38 88

Buxtehude: Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30, in der „Kogge“, Bahnhofsstr.

Dortmund: Büro Stollenstr. 12, Eing. Clausthaler Str., Tel. 0231/81 19 12, Di-Fr. 17.00-18.30 Uhr, Sa 10.00-12.00 Uhr

Duisburg: Jeden Mittwoch 16-18.30 Uhr im Büro der KPD/ML, Paulusstr. 36

Frankfurt: Kontakt über „Buchladen Roter Morgen“, Burgstr. 78, Mi. 17.00-18.00 Uhr

Freiburg: August Woerner, Elsässer Str. 28

Gießen: Stammtisch jeden letzten Freitag im Monat, 19.30 Uhr, „Deutscher Michel“, Troppauerstr.

Hamburg: Buchladen „Roter Morgen“, Stresemannstr. 110

Hannover: Ingolf Trinkus, Postfach 91 11 03, 3000 Hannover 91

Kassel: R. Wengler, Graben 11, Tel. 0561/1 30 47

Kiel: Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Mi. und Fr. 16-18 Uhr.

Lübeck: Buchladen „Roter Morgen“, Schlumacherstr. 4, Mo, Mi, Fr 16.30-18.30 Uhr

Marburg: Stammtisch jeden 4. Montag, Gaststätte „Zur Lahnbrücke“, Gisselberger Str.

München: Stammtisch jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte „Keferloher“, Schleißheimer Str./Frankfurter Ring

Münster: Stammtisch jeden Di 19.00 Uhr, Gaststätte „Augustenburg“, Ecke Friedr./ Ebert Str.

Recklinghausen: Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat, 19 Uhr, „Haus Fuchs“, Karlstr.7

Reutlingen: Horst Groos, Schellingstr. 19, 7410 Reutlingen

Saarbrücken: S. Scheithauer, Beethovenstr. 23, 6600 Saarbrücken. Stammtisch jeden

1. Freitag im Monat, 19 Uhr „Kornstuben“, Martin-Luther-Str. (Nähe LVA)

Stuttgart: Buchladen „Roter Morgen“, Stuttgart 1, Haufmannstr. 107, Mo-Frei 16.30-18.30, Sa

Tübingen: Volker Nieber, 74 Tübingen 5, Grabenstr. 37 9.00-13.00 Uhr

Westberlin: Büro: Berlin 65, Reinickendorfer Str. 48, Eingang Gottschedstr., Tel. 030/4 61 53 98  
Sa 10.00-14.00 Uhr

Köln: Buchladen „Roter Morgen“, Kalker Hauptstr. 70, 5000 Köln 91 (Kalk); Fr 16-18.30 Uhr  
Tel.: 0221/854124